

schon in dem 1939/40 in Moskau erschienenen Standardwerk „Geschichte der Sowjetunion“ die Vergangenheit aller Völker der Sowjetunion, aber nicht die der Deutschen geschildert worden war.

Als deutscher Konsul in Odessa habe ich in den Jahren 1928—35 den fortschreitenden Untergang des Schwarzmeerdeutschtums vor Augen gehabt. Das kirchliche Leben auf dem Lande war schon weitgehend unterdrückt. Die verwaisten Kirchen wurden Kinos, Klubs, Parteilokale, Ställe. Ergreifend war es, in wie großem Umfang trotzdem Katholiken wie Evangelische wie Mennoniten an ihrem Christentum festhielten und darin einen Trost in schwerstem Leiden fanden. Selbst in den gräulichen Viehwagen, in denen die Kulaken nach dem Norden verschickt wurden, fanden Betstunden statt. Ein mennonitischer Prediger schilderte mir das Wüten der Partei und der GPU in seinem Dorf nicht voller Verzweiflung, sondern ruhig und gefaßt. Ein evangelischer Geistlicher schlug die Möglichkeit, mit seiner Familie nach Deutschland auszuwandern, mit den Worten aus: „Nur der Mietling verläßt seine Herde“. Die beiden noch in Odessa wirkenden katholischen Priester, schikaniert und bespitzt, oft des Obdachs beraubt oder verhaftet, erfüllten ihre heiligen Pflichten, ohne zu klagen. Kein Wort der Klage hörte ich auch von dem achtzigjährigen Bischof Antonius Zerr. Im Jahre 1841 in der Nähe von Odessa geboren, 1889—1901 Bischof von Tiraspol, verbrachte er seine letzten Lebensjahre in dem großen katholischen Dorf Selz unweit des Dnjestr. Er hatte die Sowjetunion nach der bolschewistischen Revolution verlassen, war aber zurückgekehrt, und dieser ungewöhnliche Mut imponierte selbst den Bolschewisten so, daß sie es ihm gegenüber bei gelegentlichen Schikanen bewenden ließen. Als er gestorben war, überbrachte man mir nach seinem letzten Willen Ring und Kreuz.

Unsere Schilderung ist ein Nachruf. Von den Leiden und dem Schaffen, den Kämpfen und den Erfolgen des Rußlanddeutschtums ist keine Spur geblieben. Wenigstens keine sichtbare Spur, außer den Trümmern dieses deutschen Volkstums, die sich aus der bolschewistischen Hölle retten konnten, die die Wahnsinnspolitik Hitlers zu verzehrendem Brand anfachte. Wir aber können nur mit Schmerz und Ehrfurcht der zahllosen Opfer gedenken und Gott den Herrn bitten, ihnen gnädig das Fegefeuer zuzurechnen, das sie schon bei Lebzeiten durchmachen mußten.

Zeitbericht

Bodenreform in der Tschechoslowakei — Theologisches Studium in Sowjetrußland — Die italienische Einwanderung nach Frankreich — 900 Jahre orthodoxe Kirche — Bevölkerungsprobleme — Von der Mau-Mau-Bewegung — Übersetzungen deutschsprachiger Werke — Urbarmachung von Brachland in der Sowjetunion

Bodenreform in der Tschechoslowakei. Der *Wissenschaftliche Dienst Südost-europa* (Juli 1954) des Südost-Instituts in München gibt einen interessanten Überblick über die Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in der Tschechoslowakei. Darin wird auch über die verschiedenen Bodenreformen berichtet, die die Tschechoslowakei seit dem ersten Weltkrieg durchmachte. Im April 1919 wurde durch ein Gesetz der ganze Großgrundbesitz, der bis dahin eine entscheidende Rolle im Lande gespielt hatte, abgeschafft. Alle Güter mit über 150 ha

landwirtschaftlicher Nutzfläche oder mit mehr als 250 ha Gesamtfläche wurden enteignet, wobei man allerdings nach rein nationalistischen Gesichtspunkten vorgeing. Die Möglichkeit, unter bestimmten Umständen den Besitz dem bisherigen Besitzer zu lassen, wurde nur bei tschechischen Besitzern angewandt, während man bei deutschen und ungarischen Besitzern das Gesetz rücksichtslos durchführte. Insgesamt wurden damals 4 Millionen ha aufgeteilt, davon 1,9 Millionen in der Slowakei.

1938—1945 führte die Slowakei für sich eine Bodenreform nach Art des deutschen Erbhofgesetzes durch. Man suchte lebensfähige Höfe herzustellen von etwa 5—15 ha, wobei vorzüglich Tschechen und Juden, die bei der ersten Reform ins Land gekommen waren, enteignet wurden.

Eine neue Reform brachten die Ereignisse nach dem zweiten Weltkrieg. Der Grundbesitz der Sudetendeutschen wurde restlos enteignet. Etwa 1 Million ha wurde an tschechische Neusiedler verteilt, im Innern von Böhmen jedoch nur 100 000 ha, in der Slowakei ungefähr 170 000. Die Durchschnittsgröße der neuen Siedlerstellen betrug im deutschen Anteil etwa 6—15 ha, im Innern nur rund 1,5 ha, in der Slowakei 2—2,5 ha. Grundbesitz über 50 ha wurde zunächst belassen. Aber eine zweite Bodenreform, die 1947 begann, parzellierte auch sie. Diese verschiedenen Reformen gaben der tschechoslowakischen Landwirtschaft seit 1930 eine grundsätzlich andere Struktur. Die Zahl der Kleinbetriebe bis 1 ha hat bis 1949 um 11,2%, die der Betriebe von 10—20 ha um 13,1% zugenommen, während die der Betriebe von 20—50 ha um 38,4%, die der Betriebe über 50 ha um 23,8% vermindert wurde. Nur mehr 3% machen diese beiden Arten von Betrieben in der gesamten Struktur der Landwirtschaft aus und doch haben sie, die fast ausschließlich Staatsgüter sind, 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Besitz. An die Stelle des ehemaligen Großgrundbesitzes ist der Staat getreten, der fast den gesamten Waldbestand des Landes sich angeeignet hat.

Die Kollektivierung der Kleinbetriebe wird durch deren Kleinheit und Zersplitterung gefördert, so etwa wenn ein Betrieb mit 7 ha in 40 Parzellen zerstückelt ist. 1948 begann die Kollektivierung mit einem Gesetz zur Förderung der Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. 1949 erfolgte die Gründung von landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften, von denen bis zum Ende dieses Jahres bereits 1911 bestanden. Es gab vier Stufen, die unterste, die lediglich die gemeinsame Bestellung und Ernte vorsah, die höchste, die der russischen Kollektivwirtschaft entsprach. 1951 waren es schon 6249 Genossenschaften und Ende 1952 hatte man bereits die Zahl von 8359 erreicht. Aber in dem Maße, als diese Kollektivierung voranschritt, zeichnete sich eine Ernährungskrise ab, die in einigen staatlichen Beschlüssen und Verordnungen zum Ausdruck kam, so etwa in einem Beschluß zur Sicherung der Heuernte. 1953 kamen die ersten Warnrufe, und endlich führte man im September wie auch in den anderen Ostblockstaaten den „Neuen Kurs“ ein: Verlangsamung der Industrialisierung, Erhöhung der Investitionen für die Landwirtschaft, Steigerung der Gebrauchsgüter. Und ebenso wie in den übrigen volksdemokratischen Staaten fehlte es auch hier nicht an Schulbekenntnissen, die im Grunde alle eine Fehlplanung erkennen lassen.

Theologisches Studium in Sowjetrußland. Als mit dem Einfall Hitlers in Rußland die orthodoxe Kirche sich vorbehaltlos hinter den nationalen Krieg stellte, kam ihr auch der Staat mit Zugeständnissen entgegen, die weit über die Duldung hinausgingen, die er ihr bisher entgegengebracht hatte. Mit zum Wichtigsten gehörte die Eröffnung theologischer Seminarien in Moskau und Leningrad. Freilich sind diese Stätten noch keineswegs wirkliche Hochschulen theologischer Bildung. Das geistige Niveau der Studenten ist zu tief, und von den Lehrern, die vor 1918 an